

30 Jahre Weimarer Dreieck

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Hat das Bündnis noch eine Zukunft?

Am 28. August 1991 riefen die damaligen Außenminister Deutschlands (Genscher), Frankreichs (Dumas) und Polens (Skubiszewski) das Weimarer Dreieck ins Leben. Es sollte die endgültige Überwindung der historischen Feindseligkeiten bedeuten und nach dem Niedergang des Kommunismus die Integration Polens in die westliche Gemeinschaft vorantreiben. Doch nach ermutigenden Anfangsjahren regelmäßigen Austauschs besteht zum Jubiläumstag nur wenig Grund zu Feiern – seit Jahren führt die Dreierkonstellation ein Schattendasein. Hoffnung stiftet indessen die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit.

David Gregosz; Moritz Siebers

Seit Jahren schon kämpft das Weimarer Dreieck mit der Bedeutungslosigkeit. Dem enormen Potential der drei Staaten, welche zusammen etwa 45% des Bruttoinlandprodukts, sowie knapp 40% der Bevölkerung der EU vereinen und darüber hinaus eine geographische Achse zwischen West- und Osteuropa bilden, steht eine betrübliche Realität gegenüber. Zwar fand das letzte gemeinsame Treffen der Außenminister erst im Oktober 2020 statt, auf dem der Wille zur Intensivierung der Beziehungen betont wurde. Derartigen Äußerungen stellte sich jedoch allzu häufig als leere Worthülsen heraus, aus denen keine konkreten Bemühungen entsprangen. Denn das trilaterale Verhältnis ist geprägt von tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten und Differenzen. Die deutsch-französischen Beziehungen sind davon weitestgehend ausgenommen, haben beide Staaten doch erst mit dem Aachener Vertrag 2019 ihr besonderes Verhältnis nochmals bekräftigt. Spannungen herrschen hingegen insbesondere in den Verbindungen beider Länder zu Polen. Entscheidender Faktor dafür ist die seit 2015 regierende Koalition unter der Führung der PiS-Partei. Allem voran sorgt die umstrittene Justizreform seit Jahren für Zwist mit den europäischen Partnern, welche die dauerhafte Rechtsstaatlichkeit gefährdet sehen und Polen nicht zuletzt das erste EU-Rechtstaatsverfahren nach Art. 7. bescherte. Diskrepanzen existieren zudem aufgrund des neue Mediengesetzes, welches von dessen Gegnern als Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit kritisiert wird und auch die deutsch-russische Kooperation bei der Gaspipeline Nord-Stream 2 stößt in Warschau auf Unbehagen.

Allen Differenzen auf nationaler Ebene zum Trotz, haben sich die regionalen und lokalen Beziehungen als Stabilitätsanker erwiesen. So bestehen u.a. Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen, Schlesien und Hauts-de-France, ebenso zwischen Brandenburg, Mazowieckie und Île-de-France. Diese „regionalen Weimarer Dreiecke“ haben den Vorteil, dass sie relativ unabhängig von den nationalen Spannungen die Beziehungen aufrechterhalten. Darüber hinaus haben sich in den Grenzregionen bilaterale Kooperationen in Form der Eurodistrikte und der Euroregionen konsolidiert. Hinzu kommen Städtepartnerschaften, Hochschulkooperationen und Jugendwerke, die den interkulturellen Austausch befördern. Diese zivilgesellschaftliche Ebene und deren positive Auswirkungen sollten bei der Bewertung des Dreiecks nicht vergessen werden, auch wenn sie den Austausch auf nationaler Ebene nicht ersetzen können.

Damit eine (langfristige) Kooperation überhaupt möglich erscheint, bräuchte es innerhalb des Trios allerdings eine kongruente Vorstellung über die Ziele und die Funktion des Dreiecks als Grundlage jeglicher Zusammenarbeit. Eine Institutionalisierung des losen Bündnisses wäre ebenfalls eine

Möglichkeit, die Beziehungen auszubauen, erscheint jedoch in Anbetracht der aktuellen und historischen Entwicklung als reines Gedankenexperiment.

Das Weimarer Dreieck aufgrund der dargestellten Probleme als abgeschlossenes Kapitel in die Geschichtsbücher zu überführen, wäre sicherlich der falsche Weg. Doch so erstrebenswert eine intensive trilaterale Kooperation auf nationaler Ebene auch erscheinen mag, spricht aktuell nicht viel für dessen Renaissance.

Der Gastautor David Gregosz leitet seit September 2020 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polens Hauptstadt Warschau. Co-Autor Moritz Siebers ist Projektmitarbeiter im dortigen Büro.